Giesener Gemeindebote vom 30.08.2018, S.12

SPD-Ortsverein Gemeinde Giesen:

SPD-Kreistagsfraktion soll endlich entscheiden

Giesen. Der SPD-Ortsverein Gemeinde Giesen bittet die SPD Kreistagsfraktion endlich zu entscheiden das Verfahren zur Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerkes Siegfried-Giesen und die in diesem Zusammenhang zu erteilende wasserrechtliche Genehmigung, ziehen sich durch das Verhalten der Mehrheitsfraktion im Kreistag, in eine nicht zu akzeptierende Länge.

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Gemeinde Giesen verfolgt das Geschehen der KT-Fraktion aus den Medien. Wir als SPD-OV haben uns in unserem Wahlprogramm klar zur Wiederinbetriebnahme des Kaliwerkes geäußert und wollen die Maßnahme mit unseren Mitteln unterstützen.

Die SPD-Kreistagsfraktion ignoriert dies und hat auch nicht mit den Genossinnen und Genossen der betroffenen Kommunen gesprochen. Wir, der SPD-OV Gemeinde Giesen, sind klar für das Projekt, für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für die 500 Mio. Investitionen, für die Schaffung der Kaufkraft und Steuereinnahmen für die Region. Natürlich müssen soziale und ökologische Belange nach den gesetzlichen Vorgaben und dem neuesten Stand der Technik erfolgen.

Wir haben die Chance auf das größte Investitionsprojekt der Rohstoffgewinnung in Deutschland! Andere Unternehmen werden an Investoren aus dem Ausland verkauft, dadurch entsteht die Gefahr, dass hier Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. In Giesen will ein Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, die nicht verlagert werden können.

Unsere entsprechenden Forderungen bezüglich Umweltschutz, neue Halde etc., sind in die Stellungnahme der Gemeinde Giesen während des Planfeststellungsverfahrens eingeflossen.

Das was die KT-Fraktion jetzt macht, ist die unzulässige Verbindung eines zu bearbeitenden Themas der Althalde mit der wasserrechtlichen Genehmigung für die Wiederinbetriebnahme.

Unverständlich ist, warum Stellungnahmen der zuständigen Behörden ignoriert werden. Auch kann man doch nicht mit ruhigem Gewissen die Stellungnahmen der entsprechenden Behörden weiter anzweifeln gar ignorieren. Kommunalpolitiker können doch nicht weiter ignorieren, was Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Wirtschaft für eine Relevanz haben. Die Wertschöpfung, Wohlstand, Steuereinnahmen, Investitionen bilden erst die Grundlage für kommunales Handeln und die dort befindlichen Arbeitsplätze. Übrigens auch für hohe Umwelt- und Sozialstandards!

Wir sind enttäuscht darüber, dass die SPD KT-Fraktion, trotz zahlreicher Informationen, Gespräche, Grubenfahrten, ... mit großer Mehrheit den Weg der Verzögerung stützt.

Die Fachkompetenz für ein derart komplexes Vorhaben kann nicht bei den gewählten und ehrenamtlich tätigen Abgeordneten liegen. Die Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit muss, aufgrund der langjährigen Erfahrungen, durch die hierfür zuständigen Behörden und nicht durch die Politik erfolgen.

Wir fordern die Kreistagsfraktion dazu auf, bezüglich der Wassereinleitung endlich eine Entscheidung zu treffen, damit das Genehmigungsverfahren weitergeführt werden kann.

Iris Siekiera